

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Landtag Nordrhein-Westfalen 12. Wahlperiode
Vorlage 12/3210 A06 + A16

Entwurf des Haushaltsgesetzes 2000

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung
- Drucksache 12/4200

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung**

Berichtersteller:

Abgeordneter Dr. Heinz-Jörg Eckhold CDU

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 05 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

I. Beratungsverfahren

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Einzelplans 05 und Artikel 1 § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisung des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 - Drucksache 12/4202 - in seinen Sitzungen am 20. Oktober 1999 und abschließend am 23. November 1999 beraten.

Zur Erläuterung der Etatansätze des Sachhaushalts übersandte das Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung die Vorlage 12/2855. Die Erläuterung der Etatansätze zum Personalhaushalt sind in der Vorlage 12/2865 enthalten. In die Beratung zur Schlußsitzung wurde auch die Vorlage 12/3031 (Beantwortung von Fragen anläßlich der Einführung in den Haushaltsentwurf 2000) einbezogen.

Es wurde über die in der Anlage dargestellten Änderungsanträge abgestimmt, nach dem die antragstellenden Fraktionen zuvor bei Bedarf ergänzend erläuterten. Soweit erforderlich werden weitergehende Beratungen bzw. Begründungen zu Änderungsanträgen nachfolgend aufgeführt.

II. Anträge

Sachhaushalt

Lfd. Nr. 4 Kapitel 05 079
Titelgruppe 60 Titel 653 60

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, die Erhöhung für schulabschlußbezogene Lehrgänge an Volkshochschulen sollte schon für 1999 kommen, sei im vergangenen Haushalt jedoch unberücksichtigt geblieben. Der Ansatz sei sehr wesentlich im Zusammenhang damit, daß das Angebot weder durch Berufskollegs noch durch Weiterbildungskollegs erheblich ist und weiterhin erhalten und gesichert werden müsse. Die SPD-Fraktion betonte, die VHS sei ein Ort der Berechenbarkeit, um Jugendlichen zu einem späteren Zeitpunkt in seriösem Umfeld die Möglichkeit eines Schulabschlusses anzubieten. Die Quote derjenigen, die Schule ohne Abschluß verlassen, sei noch zu hoch. Es gehe aber nicht direkt um benachteiligte Jugendliche, sondern um Erwachsene und auch um Personen, die den Hauptschulabschluß erreicht haben, aber darüber hinaus die Fachhochschulreife erwerben wollen. In Verbindung mit dem Telekolleg könne die Fachhochschulreife erworben werden. Das Angebot an den VHS sei wichtig, da damit die Flächendeckung erreicht werde.

Die CDU-Fraktion stellte in Frage, ob das Angebot schulabschlußbezogener

Lehrgänge Aufgabe der Volkshochschulen sein könne. Die CDU-Fraktion möchte einen anderen Ansatz, nämlich die Möglichkeit, den Abschluß auch an der Hauptschule zu machen.

Lfd. Nr. 5 Kapitel 05 079
Titelgruppe 70

Die SPD erläuterte, die Position solle im Rahmen der Weiterbildung erhalten bleiben. Die Summe soll den alten Stand der Position von 1999 wiederherstellen.

Lfd. Nr. 9 Kapitel 05 300
Titel 539 20

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte, mit der Erhöhung des Baransatzes seien die Kürzungen der letzten Jahre zurückgenommen. Es müsse ein Mindeststandard für die Schülervertretungen erhalten bleiben.

Lfd. Nr. 10 Kapitel 05 300
Titel 541 40

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte, die Mittelverdoppelung werde für erforderlich und sinnvoll gehalten. Der Entwicklung und Beteiligung an schulischen Projekten ökologischer Bildung solle ein deutlich größerer Stellenwert zukommen, um die ökologische Bildung in den Schulen weiter zu intensivieren.

Lfd. Nr. 13 Kapitel 05 300
Titelgruppe 70

Die SPD-Fraktion erläuterte, die Zweckbestimmung der Titelgruppe soll erweitert werden. Man wolle die Silentien zusammenfassen mit der Möglichkeit, außerunterrichtliche Angebote im Sekundarstufenbereich I zu schaffen. Schwerpunkt sei der Beginn, Angebote zur Ganztagsbetreuung zu machen, und zwar über den Primarbereich hinaus, zunächst in den Jahrgangsstufen 5 und 6. Gegebenenfalls sei dies der Einstieg zu einem Programm, das in den Folgejahren möglicherweise ausgeweitet werde.

Lfd. Nr. 16 Kapitel 05 310
Titel 653 10

Lfd. Nr. 17 Kapitel 05 390
Titel 653 10

Die SPD-Fraktion begründete die Erhöhung der Baransätze dahingehend, daß es sich um ein und dieselbe Maßnahme sowohl an Grund- als auch an Sonderschulen handele. Mehr als 90 % der Schulen nehmen regional unterschiedlich das Angebot Schule von acht bis eins an. Vielerorts bestehe Bedarf, eine zweite Gruppe einzurichten. Die bisherigen Mittel reichten hierfür nicht aus. Deshalb sei es konsequent, im Verbund mit Verstärkung von Betreuung von Ganztagsangeboten insgesamt finanziell aufzustocken.

Personalhaushalt

Lfd. Nr.1 Kapitel 05 300 (Schulen gemeinsam)

Die CDU-Fraktion trug unter anderem ergänzend vor, sie wolle mit den 500 Stellen zunächst einmal dafür sorgen, daß jeder Schüler und jede Schülerin vernünftig Unterricht erteilt bekomme; denn alle Schulen wünschten sich zunächst eine ordentliche Grundversorgung.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezeichnete den Antrag als "bildungspolitischen Klau". Die CDU widme Stellen um, die für ganz bestimmte Zwecke gebraucht werden, um sie der Grundversorgung zuzuschlagen. Damit würden sie den Schulen aber keinen Gefallen tun.

Lfd. Nr. 2 Kapitel 05 300
Titel 425 10

Die SPD-Fraktion ergänzte, bei der Aufstockung des Ansatzes handele es sich um zusätzliche 1.000 Vorgriffsstellen. Sie sollen der Vermeidung von Unterrichtsausfall im Sekundarbereich dienen.

Lfd. Nr. 3 Kapitel 05 300
Titel 425 10

Die CDU-Fraktion erläuterte, wie in den vergangenen Jahren werde die Aufstockung der Stellen beantragt, um eine vernünftige Grundversorgung zu garantieren. Des weiteren wolle sie Verlässlichkeit für Unterricht und Schulen und nicht zuletzt für Lehrerinnen und Lehrer schaffen, im Gegensatz zu den Koalitionsfraktionen, die mit Pools und kurzfristigen Zeitverträgen arbeiteten. Natürlich gebe es Deckung an anderer Stelle außerhalb des Schuletats. Genau diesen Punkt kritisierte der Sprecher der SPD-Fraktion, nämlich daß keine konkrete Deckung in Aussicht gestellt werde. In diesem Zusammenhang solle nicht unterschlagen werden, daß die Koalition bereits im Nachtragshaushalt

1999 in nicht unerheblicher Größenordnung zusätzliche Stellen bereitgestellt habe, die in den Haushalt 2000 übernommen werden und auch hier zur Verfügung stehen.

Lfd. Nr. 4 Einrichtung eines neuen Titels zur Schaffung einer Stellenreserve

Ergänzend führte der Sprecher der CDU-Fraktion aus, in einem mittelfristig angelegten Programm werde man versuchen, die alte Stellenreserve wieder zu erreichen. Auf Nachfrage des Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde ausgeführt, die neu eingerichtete Stellenreserve werde ab Schuljahr 2000/2001 das Programm "Geld statt Stellen" ersetzen. Die zu diesem Zeitpunkt frei werdenden Mittel von 100.000.000 DM würden der Stellenreserve zur Verfügung gestellt. Die "Töpfchenwirtschaft" der letzten Jahren funktioniere nicht. Die CDU möchte ein anderes System haben, weil den Schulen mehr Sicherheit und Verlässlichkeit gegeben werden solle. Dies führe insgesamt zu einer höheren Belastung, die bekannt und auch gewollt sei.

**Lfd. Nr. 5 Kapitel 05 300
Titel 427 20**

Die CDU-Fraktion erklärte, dieser Antrag habe sich durch die Ablehnung des Antrags zur Lfr. Nr. 4 erledigt und zog den Antrag zurück.

3. Gesamtabstimmung

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmte dem Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge sowie Artikel 1 § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 - Drucksache 12/4202 - mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu.

Dr. Heinz Jörg Eckhold
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuß für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2000**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 12/3210

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	Kapitel 05 300 (Schulen gemeinsam) einzelne Schulformkapitel Von den in Kapitel 05 300 (Schulen gemeinsam) 6 Stellen zentral und in den einzelnen Schulformkapiteln (Kapitel 05 310 bis 05 410) 994 Stellen ausgebracht 1.000 Stellen, die im Rahmen des "Mittelfristigen Konzepts zur Sicherung der Unterrichtsversorgung" als "Zeitbudget für besondere Aufgaben/Rückgabe in das System" vorgesehen sind, werden 500 Stellen zur Sicherung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung an den Schulen Nordrhein-Westfalens eingesetzt. Begründung: Unterrichtsgarantie trotz steigender Schülerzahlen.	abgelehnt SPD nein CDU ja Grüne nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
2	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam Titel 425 10: Bezüge der Angestellten ("Vorrangsstellen") 1. <u>Erhöhung des Baransatzes</u> <table><tr><td>von</td><td>105.670.000 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>92.300.000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>197.970.000 DM</td></tr></table> Aufstockung des Ansatzes für 1.000 neue Stellen mit Wirkung zum 01.02.2000 (Vergütungsgruppen BAT IIa/III). 2. a) Die 1.000 neuen Stellen erhalten den Vermerk "kw 31.07.2006". b) Die 1.000 bisherigen Stellen erhalten den Vermerk "kw 31.07.2006" (bisher 01.08.2001).	von	105.670.000 DM	um	92.300.000 DM	auf	197.970.000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja
von	105.670.000 DM								
um	92.300.000 DM								
auf	197.970.000 DM								

Anlage zu Vorlage 12/3210

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	Kapitel 05 300 Titel 425 10 Bezüge der Angestellten Die aufgeführten 1.001 Angestelltenstellen mit kw-Vermerk, die nach Ablauf des Schuljahres eine Dauerbeschäftigung im Rahmen des durch Ausscheiden von Lehrkräften entstehenden Ersatzbedarfs erhalten, werden um 2.000 auf 3.001 aufgestockt: Der Ansatz wird um 80 Mio. DM auf 185.670.000 DM erhöht. Begründung: Mehrbedarf wegen Unterrichtsausfalls.	abgelehnt SPD nein CDU ja Grüne nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	Einrichtung eines neuen Titels zur Schaffung einer Stellenreserve Zur Schaffung einer Stellenreserve (3 % der 138.400 Lehrstellen = 4.152 Lehrer) ab dem Schuljahr 2000/2001 werden zusätzlich 162 Mio. DM ausgebracht. Begründung: Das Instrument "Geld statt Stellen" hat die Stellenreserve nicht ersetzen können. Zur Garantie des Unterrichts ist die Wiedereinrichtung einer Stellenreserve unumgänglich.	abgelehnt SPD nein CDU ja Grüne nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	Kapitel 05 300 Titel 427 20 Vergütungen für Aushilfen Der Ansatz wird von 260 Mio. DM um 100 Mio. DM auf 160 Mio. DM gekürzt. Begründung: Die neu eingerichtete Stellenreserve ab dem Schuljahr 2000/2001 ersetzt das Programm "Geld statt Stellen", das ab dem Schuljahr 2000/2001 gestrichen wird. Das zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehende Geld aus dem Programm "Geld statt Stellen" von 100 Mio. DM (für das gesamte Haushaltsjahr 2000 beträgt die Summe 200 Mio. DM) wird der Stellenreserve zur Verfügung gestellt.	Die CDU-Fraktion hat den Antrag zurückgezogen

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Ausschuß für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2000**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 12/3210

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
1	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 020: Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 90: Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten Titel 547 90: Sächliche Verwaltungsausgaben 1. Erhöhung des Baransatzes <table><tr><td>von</td><td>12.848.000 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>7.200.000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>20.048.000 DM</td></tr></table> 2. Änderung der Erläuterung Nr. 2.1.1 zu Titelgruppe 90, Selbstinitiierte Fortbildung (Projekte): Der Projektbetrag wird von 1.410.000 DM um 1.200.000 DM auf 2.610.000 DM erhöht. 3. Ergänzung der Erläuterung um eine entsprechende Zweckbestimmung für "Fortbildung 'Neue Medien'" in Höhe von 6.000.000 DM.	von	12.848.000 DM	um	7.200.000 DM	auf	20.048.000 DM	angenommen SPD ja CDU nein Grüne ja
von	12.848.000 DM								
um	7.200.000 DM								
auf	20.048.000 DM								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 079: Weiterbildung Titel 684 10: Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbil- dung in anderer Trägerschaft Erweiterung der Erläuterung Nr. 1.3 Buchstabe a) wie folgt: "für durchgeführte Teilnehmertage/Teilnehmerinnentage ... 30 DM (30 DM), einschließlich der Teilnehmertage in Höhe von 15 DM für Kinder, die an Lehrveranstaltungen der Eltern- und Familienbildung teilnehmen, soweit es der Zweck der Er- wachsenenbildung erfordert."	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
3	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 079: Weiterbildung Titel 685 40: Zuschuß für das Adolf-Grimme-Institut in Marl Erhöhung des Baransatzes <table><tr><td>von</td><td>800.000 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>200.000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>1.000.000 DM</td></tr></table> Begründung: Die zusätzlichen Mittel sind für Mehrausgaben für den Adolf- Grimme-Preis vorgesehen.	von	800.000 DM	um	200.000 DM	auf	1.000.000 DM	angenommen SPD ja CDU nein Grüne ja
von	800.000 DM								
um	200.000 DM								
auf	1.000.000 DM								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
4	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 079: Weiterbildung Titelgruppe 60: Für die Förderung schulabschlussbezogener Lehrgänge an Einrichtungen der Weiterbildung sowie im Medienverbund (Telekolleg) Titel 653 60: Zuweisungen an Gemeinden (GV) <u>Erhöhung des Baransatzes</u> <table><tr><td>von</td><td>5.940.000 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>3.600.000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>9.540.000 DM</td></tr></table>	von	5.940.000 DM	um	3.600.000 DM	auf	9.540.000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja
von	5.940.000 DM								
um	3.600.000 DM								
auf	9.540.000 DM								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 079: Weiterbildung Titelgruppe 70: Förderung der Innovation der Weiterbildung einschließlich Arbeitnehmerweiterbildung Titel 653 70: Zuweisungen an Gemeinden (GV) <u>Erhöhung des Baransatzes</u> von 200.000 DM um 130.000 DM auf 330.000 DM Titel 684 70 Zuschüsse an Sonstige <u>Erhöhung des Baransatzes</u> von 300.000 DM um 120.000 DM auf 420.000 DM	<u>angenommen</u> SPD ja CDU nein Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
6	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 081: Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 10: Zuschüsse für laufende Zwecke der politi- schen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stif- tung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Karl-Arnold- Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Erhöhung des Baransatzes <table><tr><td>von</td><td>3.792.000 DM</td></tr><tr><td>um</td><td>978.000 DM</td></tr><tr><td>auf</td><td>4.770.000 DM</td></tr></table>	von	3.792.000 DM	um	978.000 DM	auf	4.770.000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja
von	3.792.000 DM								
um	978.000 DM								
auf	4.770.000 DM								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 081: Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 20: Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit an Träger von Einrichtungen, die nach § 23 Weiterbildungsgesetz durch die Landeszentrale für politische Bildung anerkannt sind Erhöhung des Baransatzes von 5.048.000 DM um 1.302.000 DM auf 6.350.000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	Kapitel 05 081: Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 22: Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte 1. Erhöhung des Baransatzes von 240.000 DM um 100.000 DM auf 340.000 DM 2. Ergänzung der Erläuterung: Mehr für Projekte der Villa ten Hompel, Münster	angenommen SPD ja CDU Enthaltung Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam Titel 539 20: Förderung der überörtlichen Arbeit der Schü- lervertretungen Erhöhung des Baransatzes von 265.000 DM um 50.000 DM auf 315.000 DM	angenommen SPD ja CDU nein Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam Titel 541 40: Entwicklung und Beteiligung an schulischen Projekten ökologischer Bildung Erhöhung des Baransatzes von 70.000 DM um 70.000 DM auf 140.000 DM	angenommen SPD ja CDU nein Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam Titelgruppe 63: Übergangsberatung und -förderung von Ju- gendlichen mit besonderem Förderbedarf Titel 653 63: Zuweisungen an Gemeinden (GV) Erhöhung des Baransatzes von 810.000 DM um 90.000 DM auf 900.000 DM Titel 685 63: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Erhöhung des Baransatzes von 90.000 DM um 10.000 DM auf 100.000 DM 1	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja Enthaltung 2 x CDU

Anlage zu Vorlage 12/3210

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam Titelgruppe 64: Ausstattung der Grundschulen mit PC/Multimedia-Einrichtungen Modifikation der Zweckbestimmung der Titelgruppe von "Grund- schulen" in "Grundschulen und Sonderschulen".	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam Titelgruppe 70: Durchführung von Silentien 1. Die Bezeichnung der Titelgruppe wird wie folgt geändert: "Außerunterrichtliche Förderungsangebote für ganztägige Be- treuung in der Sekundarstufe I und Silentien" 2. Titel 653 70 Erhöhung des Baransatzes von 970.000 DM um 16.800.000 DM auf 17.770.000 DM 3. Neufassung der Erläuterung wie folgt: Veranschlagt sind Zuweisungen zu Ausgaben von Schulträgern für die ganztägige Betreuung im Sekundarbereich I insbesondere an Haupt- und Sonderschulen für Gruppen mit grundsätzlich mindestens 10 Schülerinnen und Schülern. Es handelt sich um die Förderung und Initiierung von ganztägigen Betreuungsange- boten, an denen Kinder nach dem Unterricht teilnehmen kön- nen.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
noch 13		Weiterhin veranschlagt sind Zuweisungen bzw. Zuschüsse für die Erstattung der Vergütungen für Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter von Silentien an öffentlichen Schulen und an Ersatzschulen. Silentien sind schulische Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, Schülerinnen und Schüler zusätzlich zum Klassen- und Kursunterricht in Kleingruppen individuell zu fördern. Die Mittel sind bestimmt für Silentien an Schulen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf sowie an Grund- und Hauptschulen in sozialen Brennpunkten. <table><tr><td>1. Ganztägige Betreuung</td><td>16.000.000 DM</td></tr><tr><td>2. Silentien</td><td>1.800.000 DM</td></tr><tr><td>Zusammen</td><td>17.800.000 DM</td></tr></table>	1. Ganztägige Betreuung	16.000.000 DM	2. Silentien	1.800.000 DM	Zusammen	17.800.000 DM	
1. Ganztägige Betreuung	16.000.000 DM								
2. Silentien	1.800.000 DM								
Zusammen	17.800.000 DM								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam Titelgruppe 82: Durchführung von Landesmaßnahmen und Landesmodellversuchen zur Entwicklung und Stärkung von Schulen Titel 547 82: Sächliche Verwaltungsausgaben 1. Erhöhung des Baransatzes von 70.000 DM um 20.000 DM auf 90.000 DM 2. Ergänzung der Erläuterungen zu Titelgruppe 82 um folgen- de Nr. 4: Gutachterliche Begleitung des Schulversuchs "Gemeinsa- mer Unterricht in der Sekundarstufe I (zielfifferent)..." 20.000 DM".	angenommen SPD ja CDU nein Grüne ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 300: Schulen gemeinsam Titelgruppe 82: Durchführung von Landesmaßnahmen und Landesmodellversuchen zur Entwicklung und Stärkung von Schulen Titel 653 82: Zuweisungen an Gemeinden 1. <u>Erhöhung des Baransatzes</u> von 1.740.000 DM um 360.000 DM auf 2.100.000 DM 2. Änderung der Erläuterung Nr. 1 "Öffnung von Schule" zu Titelgruppe 82: Der Projektbetrag wird von 1.740.000 DM um 360.000 DM auf 2.100.000 DM erhöht.	angenommen SPD ja CDU nein Grüne ja

Anlage zu Vorlage 12/3210

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 310: Öffentliche Grundschulen Titel 653 10: Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Grundschulen mit zusätzlichem Betreuungs- angebot von acht bis eins Erhöhung des Baransatzes von 21.000.000 DM um 3.000.000 DM auf 24.000.000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja

Anlage zu Vorlage 12/3210

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	SPD/ Bündnis 90/Die Grü- nen	Kapitel 05 390: Öffentliche Sonderschulen Titel 653 10: Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Sonder- schulen mit zusätzlichem Betreuungsangebot von acht bis eins <u>Erhöhung des Baransatzes</u> von 2.000.000 DM um 1.000.000 DM auf 3.000.000 DM	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja Grüne ja

Das Finanzministerium

des Landes Nordrhein - Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und

Finanzausschuß des Landtages

- Anlage zur Vorlage 12/3210

12/3211

12/3222

12/3237

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2000

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung,

Wissenschaft und Forschung -

Anlagen: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
	<u>Einzelplan 05:</u> <u>Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung</u>			
05 020	Allgemeine Bewilligungen			
Tgr. 90	Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
547 90	Sächliche Verwaltungsausgaben	12.848.000	+7.200.000	20.048.000
	Änderung der Erläuterungen: 2.1.1 Selbstinitiierte Fortbildung (Projekte) + 1.200.000 DM neu: Fortbildung "Neue Medien" + 6.000.000 DM			
05 027	Allgemeine Schüler- und Studierendenförderung			
<u>neu</u> 539 10	Fächerbezogenes Sprachtraining und Schreibberatung für nichtdeutsche Studierende	-	+500.000	500.000
681 30	Graduiertenförderung <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	6.000.000	+250.000	6.250.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 05 027	Allgemeine Schüler- und Studierendenförderung			
681 31	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit dem Schwerpunkt Frauen	167.000	+ 830.000	997.000
	Verpflichtungsermächtigung: bisher: - DM mehr: <u>2.000.000 DM</u> neu: <u>2.000.000 DM</u>			
05 040	Forschungsförderung			
TGr. 66	Sondermaßnahmen zur Forschungs- und Technologieförderung <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
812 66	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland <i>Haushaltsvermerk und Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	9.700.000	+ 3.400.000	13.100.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
05 079	Weiterbildung			
684 10	Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	63.745.900	-	63.745.900
	Erweiterung der Erläuterungen: 1.3..... <u>.....</u> einschließlich der Teilnehmertage in Höhe von 15 DM für Kinder, die an Lehrveranstaltungen der Eltern und Familienbildung teilnehmen, soweit es der Zweck der Erwachsenen- bildung erfordert.....			
685 40	Zuschuß für das Adolf-Grimme-Institut in Marl	800.000	+200.000	1.000.000
Tgr. 60	Für die Förderung schulabschlußbezogener Lehrgänge an Ein- richtungen der Weiterbildung sowie im Medienverbund (Telekolleg) <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
653 60	Zuweisungen an Gemeinden (GV) <u>Hinweis:</u> Die Mittel für die Förderung von schulabschlußbezogenen Lehrgängen (bisher insgesamt 6,0 Mio DM) wurden aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung der Weiterbildung im Rahmen der 1. Ergänzungsvorlage mit den Mitteln für die gesetzliche Weiterbildung (Kapitel 05 079 Titel 653 20 und 684 10) zusammengefaßt.	5.940.000	+3.600.000	9.540.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 05 079	Weiterbildung			
Tgr. 70	Förderung der Innovation der Weiterbildung einschließlich der Arbeitnehmerweiterbildung <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
653 70	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	200.000	+130.000	330.000
684 70	Zuschüsse an Sonstige	300.000	+120.000	420.000
05 081	Landeszentrale für politische Bildung			
684 10	Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Karl-Arnold-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	3.792.000	+978.000	4.770.000
684 20	Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit an Träger von Einrichtungen, die nach § 23 Weiterbildungsgesetz durch die Landeszentrale für politische Bildung anerkannt sind <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	5.048.000	+1.302.000	6.350.000
684 22	Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufbereitung der deutschen Geschichte <i>Haushaltsvermerk unverändert</i> Ergänzung der Erläuterung: Mehr für Projekte der Villa ten Hompel, Münster.	240.000	+100.000	340.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
05 100	Hochschulen Allgemein			
TGr. 63	Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
429 63	Personalausgaben	880.000	+120.000	1.000.000
547 63	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	731.000	+270.000	1.001.000
TGr. 90	Ausgaben für das Aktionsprogramm "Qualität der Lehre" <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
547 90	Sächliche Verwaltungsausgaben	4.291.000	+2.200.000	6.491.000
812 90	Investitionen	42.000	+1.000.000	1.042.000
<u>neu</u> TGr. 97	Netzwerk Frauenforschung, Vernetzungsstelle <u>Haushaltsvermerk:</u> Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. <u>Erläuterungen zur Titelgruppe:</u> Veranschlagt sind die Mittel für die Arbeit der Vernetzungsstelle des Netzwerks Frauenforschung NRW, die derzeit an der Universität Dortmund angesiedelt ist.			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 05 100 <u>neu</u> TGr. 97	Hochschulen Allgemein Netzwerk Frauenforschung, Vernetzungsstelle			
425 97	Bezüge der Angestellten	-	+110.000	110.000
429 97	Sonstige Personalausgaben	-	+10.000	10.000
547 97	Sächliche Verwaltungsausgaben	-	+30.000	30.000
05 101 TGr. 81	Qualitätspakt Ausgaben im Zusammenhang mit Berufungs- und Bleibeverhandlungen insbesondere zur Ausstattung von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Professuren (Innovationsfonds) <i>Haushaltsvermerke unverändert</i> <u>Neufassung der Erläuterungen zur Titelgruppe 81:</u> Die Mittel dieser Titelgruppe dienen neben der Ausstattung von Professuren im Rahmen von Berufungs- und Bleibeverhandlungen auch der Finanzierung innovativer Projekte und Maßnahmen in allen Fachbereichen insbesondere im Bereich Lehre und bei der Einrichtung neuer Studiengänge. Von den hier veranschlagten Mitteln können bis zu 10.000.000 DM für stellenplanungebundene Projektmittel ausgegeben werden.			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
05 300	Schulen gemeinsam			
425 10	Bezüge der Angestellten	105.670.000	+92.300.000	197.970.000
	Aufstockung des Ansatzes für 1.000 neue Stellen mit Wirkung zum 01.02.2000 (Vergütungsgruppe IIa/III). Die 1.000 neuen Stellen erhalten den Vermerk "kw 31.07.2006". Die 1.000 bisherigen Stellen erhalten den Vermerk "kw 31.07.2006" (bisher 01.08.2001).			
539 20	Förderung der überörtlichen Arbeit der Schülervertretungen	265.000	+50.000	315.000
541 40	Entwicklung und Beteiligung an schulischen Projekten ökologischer Bildung <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	70.000	+70.000	140.000
Tgr. 63	Übergangsberatung und -förderung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
653 63	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	810.000	+90.000	900.000
685 63	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	90.000	+10.000	100.000
Tgr. 64	Ausstattung der Grundschulen und Sonderschulen mit PC/Multimedia-Einrichtungen <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 05 300	Schulen gemeinsam			
Tgr. 70	<u>Außerunterrichtliche Förderungsangebote für ganztägige Betreuung in der Sekundarstufe I und Durchführung von Silentien</u> <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>			
653 70	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	970.000	+ 16.800.000	17.770.000
685 70	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	30.000	-	30.000
	<u>Neufassung der Erläuterungen zu Titelgruppe 70:</u> Veranschlagt für: 1. Ganztägige Betreuung 16.000.000 DM 2. Silentien 1.800.000 DM Zusammen 17.800.000 DM Veranschlagt sind Zuweisungen zu Ausgaben von Schulträgern für die ganztägige Betreuung im Sekundarbereich I insbesondere an Haupt- und Sonderschulen für Gruppen mit grundsätzlich mindestens 10 Schülerinnen und Schülern. Es handelt sich um die Förderung und Initiierung von ganztägigen Betreuungsangeboten, an denen Kinder nach dem Unterricht teilnehmen können. Weiterhin veranschlagt sind Zuweisungen bzw. Zuschüsse für die Erstattung der Vergütungen für Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter von Silentien			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 05 300				
Tgr. 82	Durchführung von Landesmaßnahmen und Landesmodell- versuchen zur Entwicklung und Stärkung von Schulen <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
547 82	Sächliche Verwaltungsausgaben	70.000	+20.000	90.000
653 82	Zuweisungen an Gemeinden (GV) <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	1.740.000	+360.000	2.100.000
	Änderung der Erläuterungen zur Titelgruppe:			
	1. Öffnung von Schule			
				
	4. Gutachterliche Begleitung des Schulversuchs "Gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I (zielfferent)"			
	20.000 DM			
05 310	Öffentliche Grundschulen			
653 10	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Grundschulen mit zusätzlichem Betreuungsangebot von acht bis eins <i>Haushaltsvermerke unverändert</i> <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	21.000.000	+3.000.000	24.000.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
05 390	Öffentliche Sonderschulen			
653 10	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Grundschulen mit zusätzlichem Betreuungsangebot von acht bis eins <i>Haushaltsvermerke unverändert</i> <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	2.000.000	+1.000.000	3.000.000
	<u>Einzelplanabschluß :</u> (unter Berücksichtigung der 1. Ergänzungsvorlage)			
	Gesamteinnahmen	1.888.167.800	-	1.888.167.800
	Gesamtausgaben	29.633.535.700	+136.050.000	29.769.585.700
	Verpflichtungsermächtigung	379.570.300	+2.000.000	381.570.300